



Mitteilung für die Medien

Berlin, 26. Januar 2015

Für die Bekräftigung des Konsenses gegen Rassismus und Diskriminierung

Erklärung des geschäftsführenden Bundesvorstandes anlässlich des Gedenktags an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2015

Am 27. Januar 2015 jährt sich der Tag, an dem das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreit wurde, zum 70sten Mal. Der Name, der Ort und der Tag stehen inzwischen für alle Opfer des Nationalsozialismus. Die früheren langen Kämpfe um Anerkennung für die Opfer und gegen Verdrängen, Leugnen und Vergessen sind im Wesentlichen zu Ende, historische Einsichten und eine in unserer Gesellschaft schrittweise gewachsene Erinnerungskultur halten das Gedenken wach.

Was hat ein solches Datum dann heute noch zu sagen, welche Fragen wirft es auf?

Ein wesentlicher Kern des Verfolgungs- und Vernichtungsprozesses war – neben wirtschaftlichen Interessen – eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Menschen wurden nach sogenannten Rassemerkmalen unterschieden, als „lebenswert“ oder „nicht-lebenswert“ eingeordnet oder aus weiteren Gründen aus der sogenannten Volksgemeinschaft ausgeschlossen. Damit verbunden waren die Errichtung einer Diktatur, die Aufhebung der Grundrechte und schließlich die Führung eines Krieges, in dessen Rahmen die Massenvernichtung erst möglich wurde.

Alle diese Erfahrungen haben dazu beigetragen, dass unsere Gesellschaft und unsere Kirche sich eindeutig für ein demokratisches Zusammenleben und die Menschenwürde als Grundaxiom bekannt haben. Ein solcher Konsens des „Nie wieder!“ scheint aber nicht einfach auszureichen. Aktuelle Bewegungen, wie zum Beispiel die Pegida-Bewegung, die für sich in Anspruch nehmen, das Abendland – oder was sie dafür halten – verteidigen zu wollen, sind offensichtlich Symptome der Brüchigkeit des Konsenses gegen Diskriminierung und Ausgrenzung.

Die dort vorgetragenen Haltungen und Stimmungen richten sich gegen Fremde, Zuwanderer und Andersgläubige, die trotz einer verbreiteten religionsdistanzierten Haltung in unserer Gesellschaft als Bedrohung imaginiert werden.

pax christi widerspricht solchen Bewegungen und Kampagnen nicht nur inhaltlich, sondern wirkt mit an der Bekräftigung des gesellschaftlichen Konsenses für Grundrechte und gegen Rassismus und Diskriminierung. pax christi fordert auch von der Politik eindeutige und nicht nur symbolische Zeichen für Integration und Anerkennung. Die großen Gesten von Demonstrationen gegen Antisemitismus, Islamophobie und für Grundrechte, dieses große Gefühl des „wir alle ...“ muss nun in konkrete Politik umgesetzt werden.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ein Zuwanderungsgesetz sollte Rechtssicherheit für Flüchtlinge, durchlässige Grenzen statt des Schlepper- und Schleuserwesens und die Aufnahme von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft gestalten, weil Deutschland unbestritten auf Zuwanderer angewiesen ist. Dies setzt eine Aufnahme voraus, bei der nicht unterschieden wird zwischen Verfolgung und Arbeits- oder Armutsmigration.

Der 27. Januar ist eine „gefährliche“ Erinnerung an Vergangenes und damit eine bleibende Provokation für die Eckpunkte unseres Zusammenlebens.

Der Geschäftsführende Bundesvorstand des pax christi – Deutsche Sektion e.V.
Berlin, den 26. Januar 2015

Ansprechpartnerin bei pax christi für die Medien

Generalsekretärin Christine Hoffmann

Tel. 030.200 76 78-0

Fax 030.200 76 78-19

sekretariat@paxchristi.de

www.paxchristi.de